

Bezugspreis:

Bezahlbar 2.- Mtl. monatlich 2.- Mtl. frei ins Haus...

Telegramm-Adresse:

„Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Anzeigenpreis:

Die achtspaltige Kopierzeile kostet 1,20 Mtl. „Kleine Anzeigen“...

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Dienstag, den 29. Juli 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Sowjet-Ungarns Ende.

Die Käterregierung will zurücktreten.

Aus Wien wird gemeldet: Infolge der Niederlage der Roten Armee ist die Stellung der ungarischen Käterregierung...

Dieser Vorschlag wurde von Oberst Cunningham nach Paris weitergeleitet.

Nachdem die Hilferufe der Budapest Regierung in den letzten Wochen, das Proletariat möge schleunigst mit der Weltrevolution...

Vorbereiteter Angriff auf das Heer Bela Kun.

Sonn, 29. Juli. (S. A.) Heuter berichtet aus Paris, daß sämtliche Vorbereitungen für einen iranisch-serbischen...

Das Volk als Sündenbock.

Ein Schreiben Kenners an Seih.

Staatskanzler Kenners richtete von St. Germain aus an den Präsidenten Seih ein Schreiben, in dem er u. a. ausführt:

Eine Mauer von Vor- und Nachteilen ist gegen unser Volk im Ausland aufgerichtet. Man kennt dort nicht die staatsrechtlichen Verhältnisse...

Hof- und Militärkammerläden

im Dienste der magyarischen Oligarchen, im Dienste der Wiederherstellung Polens...

Aus einem Opfer des Krieges ist der Schuldige gemacht worden.

Bei der Abrechnung über die Kriegskosten beachtet man zum Teil unbillig das Unrecht, uns als alleinige Rechtsnachfolger der Habsburger Monarchie zu behandeln...

kein Instrument des Rechts

Indem eine Schöpfung des Krieges sein wird, der bekanntlich immer mehr Unrecht schafft, als er tilgt...

ausschließlich Völkerverbundspolitik.

Es braucht Ruhe und Mühsal in keine der Affären Europas verwickelt zu werden...

erweiterten Balkan

zu dem sich der europäische Südbalkan zu entwickeln droht. Anders als Deutschland...

Angriff auf den rechten Flügel des Heeres Bela Kun getroffen worden sein.

Die belgischen Sozialisten für den Friedensvertrag!

Die Zeitung der belgischen Arbeiterpartei hat beschlossen, daß die sozialistischen Senatoren und Abgeordneten für den Friedensvertrag stimmen...

Diese Haltung der belgischen Sozialisten stimmt mit der der belgischen Gewerkschaftler auf dem Amsterdamer Kongress überein.

werden, wenn der Völkerverbund an sich versagt oder wenn er uns die Anerkennung unseres Rechtes auf Existenz verweigert.

Der englische Bergarbeiterstreik geht weiter.

(Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.)

Trotz des Abkommens zwischen der englischen Regierung und dem Bergarbeiterverband vom Freitag geht der Streik weiter.

Ribot und Painlevé zu den Enthüllungen.

(Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.)

„Echo de Paris“ hat sowohl Herrn Painlevé als auch Ribot, welche im September 1917 Ministerpräsident waren...

Polnischer Abstimmungsterrorismus.

Wie uns vom Arbeiterrat Warschau mitgeteilt wird, suchen in den Abstimmungsbezirken des Ostens die Polen durch unglaubliche Drohungen das Abstimmungsergebnis zu beeinflussen.

Vertrauensvotum für die Regierung.

Weimar, 29. Juli, 1,30 Uhr nachmittags. Erbsberger spricht eben und wendet sich gegen Geheimrat Niefer.

Gegen Preußens Zerstückelung.

Von Wolfgang Heine.

In bewegten und verworrenen Zeiten ist nichts gefährlicher als die suggestive Kraft der Wiederholung immer desselben Wortes...

Im „Vorwärts“ vom 24. Juli bespricht ein Ungenannter, dessen Uebelwollen gegen Deuchen aus jeder Zeile hervortritt...

Ich bin weit davon entfernt, zu verkennen, daß die Mifftimmung der westlichen Gebiete gegenüber Preußen auf Tatsachen beruht.

Die Schuld der bürokratischen und militärischen Ueberhebung und Verständnislosigkeit für die Volksseele an dem fürchterlichen Schicksal...

Kein Schlagwort ist heute abgenutzt, als das des „Unitarismus“, kein Bekenntnis allgütiger und billiger als das für das einige Reich im Gegensatz zu Preußen.

Klassen und Parteien und vieles andere Krankheitserscheinungen sind, erklärlich aus dem Unglück, das niemals in der Welt die Menschen veredelt hat. Aber feststellen muß man doch, daß gerade jetzt, wo es am nötigsten wäre, ein einheitliches deutsches Streben fehlt.

Worin besteht denn Einheit eines Volkes und Staates? In Einheitlichkeit und gleicher Richtung der staatlichen und seelischen Arbeit, in der Erzeugung und Erhaltung gemeinsamer Kräfte. Man klagt über die Zersplitterung Deutschlands in viele verschiedene Verwaltungen — und nicht ohne Recht. In Preußen und Bayern aber hat man große einheitliche Verwaltungskörper, die in hundertjähriger Arbeit aufgebaut sind. Gewiß hatten die alten Verwaltungsmethoden ihre Schwächen; aber diese Einheitlichkeit, die Größe der Gebiete, über die sich die Organisationen erstreckten, bedeutete wahre Stärke. Bis jetzt liegen die wichtigsten Leistungen der Verwaltungsarbeit, namentlich jede Kultur- und Wirtschaftstätigkeit in den Einzelstaaten und den ihnen untergeordneten Körperschaften. Es wäre schon sehr schwer, sie plötzlich zu Verwaltungsorganen des Reiches zu machen. Wenn man aber wirklich mit einem Federstrich die Behördenorganisationen Preußens, Bayerns, Sachsens usw. dem Reich unterstellen wollte, so würde, auch wenn das größte Verwaltungsgenie an der Spitze des Reiches stände, ihm nichts übrig bleiben, als dieselben bisher einzelnstaatlichen Einrichtungen ihre Arbeit fortsetzen zu lassen, nur unter anderem Namen. Das Reich hat bisher keine innere Verwaltung und wäre auch nicht imstande, aus dem Nichts eine zu schaffen, sondern es könnte lediglich die Arbeitsorgane der Einzelstaaten übernehmen. Darin läge schon eine gewisse Gefahr, neue Verwirrungen zu schaffen, die wir gegenwärtig am wenigsten brauchen können. Allen politischen Uniformismus zum Trotz, müßte dies Experiment in Wirklichkeit zur inneren Zerrissenheit Deutschlands führen. Es ist nicht wahr, daß die Einzelstaaten, so wie sie sind, lediglich Rufschillingen wären, wie Herr Kraus in seiner Denkschrift zum Verfassungsentwurf behauptet. Welche Motive von Jahrhunderten die Herrscher geleitet haben mögen, gehört der Geschichte an; gegenwärtig sind die Staaten Erzeugnisse einer hundertjährigen Arbeit, sind sie reale Tatsachen und Kräfte, die viel mehr Bedeutung haben, als selbst die Stammeszusammenhänge, die man von der Völkerwanderung herleitet, und die sich in der Zeit des freien Verkehrs immer mehr verwischen.

Das soll nicht heißen, daß die Schwächen und Sünden des vergangenen Systems in das neue Reich hinübergenommen werden sollten. Die Einzelstaaten reformieren ihre Verwaltung und haben in dieser Richtung bereits mehr fruchtbare Arbeit geleistet, als in den Diskussionen der Nationalversammlung über die Grundrechte zu sehen ist. Die oft feindseligen Schikaren der preussischen Verwaltung gegen die anderen Staaten sind gerade. Preußen hat sein Eisenbahnsystem, seine Seereiseeinrichtungen, seine Steuerorganisation bereitwillig dem Reich zur Verfügung gestellt, um durch Einheit eine größere Kraft des Reiches zu erzeugen. Auf seine Vormodifikation hat es verzichtet. Die vielgerühmte „Neugliederung“ aber verliert die Gegenteile und erschwert die Annäherung und Ausgleichung.

Ganz besonders gefährlich sind die Abtrennungsbestrebungen in den Grenzländern. Wenn es keinen anderen Grund gäbe, der vor ihnen warnen müßte, so wäre es der Verrat, mit dem die Franzosen alle diese Machenschaften teils selbst herbeiführen, teils unterstützen. Unverkümmelt erklären die französischen Offiziere, daß sie die Abtrennung der westlichen Gebiete von Preußen wünschen. Soll ein Mensch glauben, daß sie diesen Wunsch im Interesse Deutschlands hegen? Der offensichtliche Grund kann doch nur sein, daß ihnen ein schwaches Preußen eine Gewähr für ein schwaches Deutschland bedeutet. Wenn wirklich diese geordnete Abtrennung kleinerer Republiken in der Pfalz, in Hessen und am Rhein eine Stärkung Deutschlands zur Folge hätte, würden die Franzosen sie gewiß nicht befördern.

Je mehr Preußen geschwächt wird, je mehr es von seiner zentralen Kraft verliert, desto größer ist die Gefahr, daß

diese Grenzländer nach dem stärkeren Nachbar gravitieren. Dies um so mehr, als er durch wirtschaftliche Begünstigungen einzuwirken vermag, und als die Hoffnung, das eigene Vermögen den konfiskatorischen Steuern zu entziehen, die das Reich fordern muß, schon jetzt eine große Rolle spielt.

Alle diese Bestrebungen bedeuten die schwersten Gefahren für die Kraft Deutschlands nach außen. Aber auch noch innen wären die Wirkungen nicht weniger verhängnisvoll. Die eigentlichen Kulturarbeiten, Schule, Wissenschaft und Kunst, sind ihrer Natur nach mit dem Leben der kleineren Zentren eng verbunden. Das wird so bleiben, mag die Reichsverfassung noch so viele Gegenstände als Reichssache erklären. Die Verwaltungsreform in Preußen will dieser Tatsache Rechnung tragen, indem sie im Rahmen der allgemeinen Gesetzgebung Platz für eine gewisse statutarische Autonomie der Provinzen gewährt. Aber dabei bleibt die andere Tatsache bestehen, daß der gesamte Fortschritt auf geistigem Austausch und wirtschaftlicher Unterstützung der Provinzen und anderen kleinen Bezirke untereinander beruht.

Zum Schluß noch ein Wort über die parteipolitische Seite der Sache. Das Mitglieder der Zentrumspartei aus Rheinland, Westfalen und Oberschlesien die Gelegenheit ergreifen möchten, um reine Zentrumsrepubliken zu gründen, ist allenfalls aus parteipolitischen Gedankengängen zu erklären. Die alte Feindschaft zwischen der Kirche und Preußen ist noch nicht vergessen; die Kirche kann kleinere schwache Staaten leichter beherrschen. Das Zentrum ist stets Träger ständischer und lokaler Rechte gewesen. Uebrigens darf nicht ver-schwiegen werden, daß es auch Zentrumskatholiken gibt, die sich gegen diese Pläne ablehnend verhalten.

Wenn aber Sozialdemokraten solche Zertrümmerungsbestrebungen gegen Preußen und Bayern unterstützen, so steht dies im Gegensatz zu ihrer Ueberlieferung, ihren Grundsätzen und Zielen, die sie auf anderen Gebieten verfolgen.

Alle diese Bestrebungen haben doch den ausgesprochenen Zweck, Neuerungen zu hindern, die bisher Forderungen der Sozialdemokratie waren. Zentrumsabgeordnete aus Oberschlesien drohen, daß die dortige Abstimmung für Polen ausfallen würde, wenn nicht eine ober-schlesische Autonomie durchgeführt würde, die die Schulreformpläne verhinderte. In Schleswig wurde mit derselben Drohung, das Land würde für Dänemark votieren, gleichfalls für eine Erb-republik Stimmung gemacht und uns zugewendet, die mittel-alterlichen Kirchspielswahlrechte mancher Bezirke für unantastbar zu erklären. Die Sozialdemokratie der preussischen Landesversammlung, die den Dingen nahe steht, lehnt solche Zumutungen ab.

Die Sozialdemokratie hat vor der Zukunft eine schwere Last von Verantwortung für fremde Fehler und deren Folgen übernehmen müssen. Alles, was der Friede dem unglücklichen deutschen Volke an Sämisch und Elend auferlegt, werden liberale Agitatoren der Sozialdemokratie zuschieben. Sie kann die Verantwortung für den äußeren und inneren Zusammenbruch mit gutem Gewissen ablehnen. Vertört sie aber die großen Einheitsorganismen der inneren politischen Arbeit und hemmt sie dadurch die inneren Reformen, die uns die Kraft für den Wiederaufbau des Vaterlandes schaffen sollen, so nimmt sie damit eine eigene Schuld auf sich. Die Rechnung wird ihr von der dadurch gestärkten politischen Reaktion präsentiert werden.

Ludendorff äußert sich.

Zu den Erklärungen der Minister Bauer und Müller und des Abg. Göttsch in der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung vertritt Ludendorff folgende Erwiderung:

1. Der Beschluß zum U-Bootkrieg wurde nicht am 18. 1., sondern am 9. 1. 1917 und zwar in Anwesenheit des Reichskanzlers und mit dessen Zustimmung gefaßt.

2. Die vom Reichsminister des Auswärtigen gegebene Darstellung über den Waffenstillstand enthält nichts Neues. Es kam nur auf den Schriftwechsel des Generals Ludendorff mit

dem Militärpräsidenten Helfferich vom März 1916 bezug genommen werden.

3. Der Außenminister greift die Kriegführung der obersten Heeresleitung an und nennt Ludendorff in diesem Zusammenhang den größten Verderber. Es ist nicht ersichtlich, woher der Herr Reichsminister seine militärischen Kenntnisse schöpft. Das Mitte August erscheinende Buch des Generals Ludendorff über die Kriegführung der obersten Heeresleitung Auskunft geben.

4. Im Kronrat vom 11. 9. 1917 haben der Generalstabschef und General Ludendorff pflichtmäßig ihre militärische Ansicht über das Vorgehen, was sie zum Schutze des deutschen wirtschaftlichen Lebens an der Westgrenze für erforderlich hielten. Dieses ist vom General Ludendorff in der im Auszug veröffentlichten Denkschrift nochmals niedergelegt worden. Die Entscheidung Seiner Majestät hat der ehemalige Reichskanzler Dr. Michaelis in seiner Erklärung vom 27. Juli veröffentlicht.

Diese Entscheidung ist auch für die Oberste Heeresleitung verbindend gewesen, nachdem sie ihrer Pflicht, die militärische Notwendigkeit klarzulegen, entsprochen hatte.

Ein paar nichtsagende Redensarten und Belanglosigkeiten, die aufgemachte Quacksalberie — was will der Mann?

Der alldeutsche Tintenfisch.

Gegenüber den auf die alldeutschen Kriegsverlängerer niederprasselnden vernichtenden Schlägen wendet die reaktionäre Presse die Taktik des Tintenfisches an, der bekanntlich, wenn er angegriffen wird, eine schwarze Flüssigkeit ausspricht und dadurch seine Umgebung zu trüben sucht. Mitunter wird auch die Methode des Tintenfisches mit der des Stinktiers vertauscht.

Enttäuschungen über Erzberger sollen die Aufmerksamkeit von dem ungeheuren alldeutschen Verbrechen zur Zeit der Michaelischen Kanzlerschaft ablenken. Es ist längst bekannt, daß zu Beginn des Krieges auch Erzberger der nationalistischen Massenhypnose unterlegen ist. Wenn jetzt ein Brief Erzbergers aus dem Jahre 1914 veröffentlicht wird, worin er die Anwendung eines Flammenwerfers empfohlen und sich wegwerkend über völkerverleideliche Bedenken geäußert hat, so entspricht das zwar dem Wils, das von der Tätigkeit Erzbergers zu Beginn des Krieges feststeht, ändert aber nicht das geringste an dem Urteil über die Vorgänge im Sommer 1917. Das deutsche Volk ist nicht an der Frage interessiert, ob Herr Erzberger eine innere Wandlung durchgemacht hat, sondern daran, ob es im Jahre 1917 einen anständigen Frieden haben konnte und wer das verwickelt hat. Hier haben die gestrigen Weimarer Verhandlungen das vernichtende Urteil über die kriegstreiberische Politik der Michaelischen Clique nur voll bestätigt. Die alldeutsche Presse sucht jetzt den Anschein zu erwecken, als gebe der Wortlaut des englischen Schreibens ihrer Auffassung recht, daß der Friedensversuch von 1917 gar nicht ernst gemeint und ganz bedeutungslos gewesen sei. Wir brauchen demgegenüber nur auf die gestrigen Ministerreden zu verweisen, die das Klare Gegenteil ergeben.

Das Michaelische Verbrechen ist durch nichts aus der Welt zu schaffen. Die ungeheuerliche Rüge bleibt bestehen: Michaelis beschwört die Parteien, nicht auf einer öffentlichen Erklärung über Belgien zu bestehen, da dies auf anderem Wege im gewünschten Sinne erfolge. Sinter ihrem Nicken gibt er jedoch eine Erklärung ab, die das gerade Gegenteil dessen besagt, was die Parteiführer ermarren durften und mußten, und gleichzeitig ergibt es ein Preiswettbewerb mit Hindenburg, daß er an eine Freigabe Belgiens innerlich niemals gedacht hat, daß er Belgien zum Teil annektieren und als Ganzes wirtschaftlich versklaven wollte. Die „Deutsche Tageszeitung“ übt unser vernichtendes Urteil über die Michaelische Intrigenpolitik durch den Hinweis entkräften zu können, daß Herr von Payer erst einige Wochen später Vizekanzler wurde. Aber auch der damalige Vizekanzler Helfferich behauptet ja, daß Herr Michaelis ihm von seiner

Zur Lösung des sozialen Problems der Tuberkulosebekämpfung.

Die Berufung Friedmanns auf einen Lehrstuhl der Berliner Universität hat erneute Angriffe der Widerfächer dieses Mannes ausgelöst. In diesen Angriffen wird uns aus dem reifen Medizinernachwuchs der Universität geschrieen:

In der „Berliner Medizinischen Wochenschrift“ (Nr. 27) schreibt Geh. Med.-Rat Prof. Dr. Posner redaktionell in bezug auf einen in größerem Umfang als bisher geplanten Versuch der Tuberkulosebekämpfung mit dem Friedmannschen Mittel: „Hier wird in der Tat die wichtigste Aufgabe zu lösen sein; welchem die Unschädlichkeit des Friedmannschen Mittels erwiesen ist, darf man hier ein Problem von allergrößter Bedeutung für die Gesundheit unseres Volkstums erblicken, dessen Lösung im günstigen Sinne und einen Ausgleich bieten könnte für den sonst bei der Tuberkuloseverbreitung ersichtlichen Faktor der sozialen Verhältnisse.“ Mit diesen Worten ist treffend und umfassend die Sachlage gekennzeichnet, mit der sich die folgenden Ausführungen beschäftigen.

Der Arzt kann seine Krankheit unmittelbar heilen, er sorgt nur dafür, daß Schädlichkeiten, mit denen der Körper nicht fertig wird, unschädlich gemacht werden. Denn nur die Reaktionsfähigkeit des Körpers auf Reize, d. h. Abwehrmaßnahmen mit Gegenmaßnahmen — zusammen mit Ausgleichsrichtungen das Kennzeichen des Lebens überhaupt — ist die Fähigkeit, die die eigentliche Heilung vollzieht. Wo diese Reaktivität versagt, entsteht Krankheit und erfolgt schließlich Tod. Da sich der menschliche Körper aus einzelnen mikroskopisch kleinen Zellen, den eigentlichen Lebensträgern, zusammensetzt, spielen sich diese Vorgänge in ihnen ab, und es gibt also auch teilweises Sterben.

Unter den anstehenden Krankheiten, hervorgerufen durch Gifte heimischer in das Körpergefüge eingedrungener Lebewesen, ist die Tuberkulose die bei weitem wichtigste von denen, gegen die bisher noch kein eigentliches Heilmittel dem Arzt zur Bekämpfung jener Schädlichkeiten zur Verfügung stand. Der menschliche, giftige Tuberkulobazillus, der überall in unsauberen Winkeln zu finden ist, kann gefunden, reaktionsfähigen Zellen oft nichts anhaben. Geschieht es aber den durch sonstige Schädlichkeiten geschwächten Zellen. Geben sich nämlich die Bazillen erst einmal hier ein, so werden die Zellen schwer mit Arbeit fertig, denn gerade die abgestorbenen Zellen wirken besonders giftig und schädigend, und so wird ein immer größerer Umkreis vorbereitet zur Ansiedlung der übrigen Bazillen; der Krankheitsherd dehnt sich allmählich aus, die Gifte kommen ins Blut, der ganze Mensch wird matt, verliert den Appetit; alles geeignet zum weiteren Fortschreiten der Krankheit, abgesehen von den direkten Schäden und Zwischenfällen.

Bei Vergegenwärtigung solcher Verhältnisse wird zweierlei verständlich: einmal, daß das Vorkommen der Tuberkulose notwendig mit einer ungesunden Art der Lebensführung zusammenhängt, der allem falscher Ernährung, Ueberanstrengung und Unsauberkeit; und ferner, daß eine einmal entstandene Tuberkulose von den natürlichen Heilkräften des Körpers allein nur dann überwunden werden kann, wenn eine solche ungesunde Lebenshaltung geändert werden kann, indem eben jene Schwachzustände rechtzeitig und schnell beseitigt werden. Es ist müßig klar, daß die Tuberkulose vorzugsweise die Krankheit der weniger bemittelten Volksklassen ist, besonders bei einer Wirtschaftslage wie der jetzigen, und daß hier eine einmal ausgebrochene Krankheit, wie leider gesagt werden muß, in der Regel zu einem unaufhaltsamen Siechtum führt.

Es ist bekannt, wieviel für die Tuberkulösen durch Heilstätten u. a. gesorgt wird, indem man sie in äußerlich gesunde Bedingungen zu bringen sucht. Aber es gab bisher kein Mittel, um den Körper wirksam in seinem Kampf zu unterstützen, der Krankheit selbst zu helfen zu geben. Die Strahlenbehandlung bewirkt zwar ein Herabsinken einzelner Krankheitsherde, damit aber zugleich ein Ueberdauern des Giftes mit giftigen Herdabschlüssen, abgesehen von der gleichzeitig schädigenden Wirkung auf die Körperzellen, ist also ein Scheinerfolg, wie aus obigem hervorgeht.

So hat nun Friedmann, als er 1902 den Schilddrüsen-tuberkulobazillus entdeckte, der dem menschlichen der Form nach zwar außerordentlich ähnlich, aber für den Menschen völlig unschädlich ist, mit genialem Blick für das Wesentliche, nämlich praktische Schlussfolgerungen gezogen, wie 1706 Jenner mit seiner bisher im Erfolg einzig dastehenden Pockenimpfung. Bei der bekannten Pockenimpfung werden lebende, für den Menschen unschädliche Erreger der Kuhpocken dem noch nicht erkrankten menschlichen Körper einverleibt. Dieser nun erzeugt sich vermöge seiner Reaktivität Schutzstoffe, die ihn aus gegen die giftigen menschlichen Pockenreize schützen. Noch 1870 forderte die Pockenkrankheit in Preußen 90 000 Opfer an Taten, nach Einführung der offiziellen Pockenimpfung ist sie bald ausgerottet worden.

Ebenso wirkt das Friedmannsche Mittel nachweislich schützend auf das von Tuberkulose zwar noch unberührte, aber der tuberkulösen Ansteckung ständig ausgesetzte neugeborene bzw. junge Kind. Aber auch wenn bereits eigentliche Tuberkuloseerkrankung ausgebrochen ist, ist das Friedmannsche Mittel anzuwenden, und zwar je früher, mit um so größerer Aussicht auf Heilung. Denn auch hier gilt jenes grundlegende Lebensprinzip: der Körper muß noch reaktionsfähig, d. h. in seinen wichtigsten Funktionen leistungsfähig geblieben sein; er muß noch imstande sein, aus jenen unschädlichen Schilddrüsentuberkulobazillen sich selbst die Schutzstoffe zu schaffen, mit denen er die Gifte des Schilddrüsen, des giftigen menschlichen Tuberkulobazillus, beseitigt; dann schwinden die Krankheitsstoffe, der Appetit bessert sich, Quälen und Aus-

wurf vermindern und verlieren sich schließlich, das Kräftegefühl wächst und der Krankheitsprozess geht in Heilung über. Aber nicht nur beginnende Lungentuberkulose kommt zur Heilung, sondern auch die frischen tuberkulösen Gelenksentzündungen gehen zurück, Drüsenpakete furchen sich und schwinden, zur Kontraktion bestimmte Knochen gelangen zur Heilung, Knochen-, Gelenk- und Hautfisteln zu dauerndem Verschwinden u. a. m.

Während die bisherigen Behandlungsmethoden ein Leben unter günstigsten Bedingungen für die Gesundheit zur Voraussetzung haben, muß demnach das Friedmannsche Mittel als wirkliches, spezifisches Heilmittel und damit bei unserer jämmerlichen Wirtschaftslage als die einzige aufsichtreiche Waffe gelten, durch die unter angeregelter Selbsthilfe diese verheerende Seuche mit Erfolg bekämpft werden kann. Obwohl die Tuberkulose schon immer den Armenanteil unter den Todesursachen lieferte, hat die Tuberkuloseerkranklichkeit während des Krieges noch um 30 Prozent zugenommen. Es ist klar, daß solchen Verhältnissen gegenüber die alten „natürlichen“ Behandlungsmethoden versagen haben und versagen müssen angesichts der Natur dieser Krankheit.

Die Anwendung des Friedmannschen Mittels ist dabei für den Kranken die denkbar einfachste — oft nur eine einzige Zuspülung — und mit keinen Unbequemlichkeiten verknüpft. Theoretisch steht die Methode auf festem Boden, eine schmerzlose praktische Erfahrung hat die Tatsache der günstigen, zum Teil unerhörten Heilwirkungen erwiesen, zahlreiche Veröffentlichungen in den medizinischen Fachzeitschriften weisen an der Hand eines reichen Materials darauf hin. Schon hat das Friedmannsche Mittel in vielen Bezirken Deutschlands und darüber hinaus ausgedehnte und erfolgreiche Anwendung gefunden, nachdem es zuerst in der sächsischen Armee 1916 offiziell eingeführt worden war. Und doch muß man verwundert stehen, wie im Bericht über die Generalversammlung des deutschen Zentralkomitees zur Bekämpfung der Tuberkulose in der „Deutschen med. Wochenschrift“, 1919 (Nr. 27) diesbezüglich nur zu lesen ist: „Herr Dürren empfiehlt das Friedmannsche Mittel, wobei er den schärfsten Widerspruch des Herrn Möhle findet“, während alles Interesse sich auf ein weiteres Ausgestalten der „alten Methoden“ (1) zu konzentrieren scheint — eine Schilddrüsenarbeit: „Zuspülung aller Tuberkulösen“.

Man will offenbar nicht umlernen, scheint die Arbeit einer Umgestaltung der Tuberkulosebekämpfung zu scheuen. Aber es steht schimmernd auf Grund von Mißerfolgen infolge falscher Behandlung und Anwendung in hoffnungslos vorgeschrittenen Krankheitsfällen ist von offizieller Seite das Friedmannsche Mittel zunächst 1914 bekämpft worden, dann wurde es sogar schwächer — welcher Medizinstudierende der letzten Jahre kennt diese Methode auch nur dem Namen nach? — und jetzt, seit der endlich erfolgten Ernennung Dr. Friedmanns zum a. o. Professor an der Berliner Universität konnte mancher recht eigenartige, unfachliche, wenn nicht unwarne Reaktionen in Ber-

Antwort nicht mitgeteilt habe. Und im übrigen richtete sich unser Vorwurf ja nicht dagegen, daß Michaelis den Vizekanzler, sondern daß er die Parteien hartnäckig belog und betrog, und das wäscht ihm kein Regen ab.

Geistige „Moorkulturpaten“.

Eine agrarische Fälschung.

Die Unanständigkeit, mit der die Agrarier das Landwirtschaftsministerium belächeln, seitdem ein Sozialist darin die Zeitung hat, übersteigt jedes Maß. Unter der Überschrift „Ein nettes Landwirtschaftsministerium“ erzählt die „Deutsche Tageszeitung“, am 28. Juli eine räuberische Geschichte von einem im Landwirtschaftsministerium beschäftigten Geheimrat Marg. — es wurde dabei auch eine Postkarte dieses Herrn zum Ausdruck gebracht, die an den Rittergutsbesitzer Crelius in Dörfelnde gerichtet ist. Der Inhalt der Geschichte war kurz der, daß der Geheimrat des Landwirtschaftsministeriums dem Rittergutsbesitzer wegen der Vernachlässigung seiner Kartoffelfelder mit Zwangsenteignung zum Zwecke der Kleinverteilung gedroht haben soll, und dabei gar nicht erkannt habe, daß auf den seiner Ansicht nach mit Kartoffeln bestellten Feldern in Wirklichkeit — Ackermelde gewachsen sei.

Die Geschichte ist in der Tat niederschmetternd. Nur leidet sie an dem einen Fehler, daß, wie uns das Landwirtschaftsministerium mitteilt, seinem Beamtenkörper weder ein Geheimrat Marg. angehört, noch sonst eine Persönlichkeit des Landwirtschaftsministeriums den Herrn Marg. zugeschriebenen Auftrag gehabt habe. Das Ganze ist also eine gemeine Lüge und niederträchtige Fälschung der „Deutschen Tageszeitung“ und kennzeichnet die agrarische Kampfweise, die auf der Höhe der sonstigen „Moorkultur“ des preussischen Landvolkes steht.

Feststellung der deutsch-polnischen Grenze.

Saag, 29. Juli. (S. R.) Aus Paris wird gemeldet: Der Oberste Alliierte Rat ernannte eine Kommission zur Feststellung der westpolnischen Grenze.

Der gerechteste Vorwurfsgrund. Zu dieser Notiz erhalten wir eine Zuschrift, aus der wir ersehen, daß durch das energische Eingreifen der sozialdemokratischen Parteiorganisation von Dortmund der Antisemitismus gewisser Redakteure ein Ende gefunden hat. Der Artikel, die aus Gemeindemitteln bezahlt wird, ist verboten worden, antisemitische Scheldler zu spielen.

Schiedspruch

im Streit der Siemenschen Arbeiter.

Der Schlichtungsausschuß, der gestern unter dem Vorsitz des Ingenieurs Videmann vom Reichsarbeitsministerium zum Vorkommen war, um den Konflikt in den Siemensbetrieben beizulegen, hat kurz vor Mitternacht einen Schiedsspruch gefällt, der zwar der Firma grundsätzlich das Recht zubircht, ihre gegen Ausschreitungen der vorgekommenen Art durch Entlassungen zu schützen, der aber für den vorliegenden Fall sämtliche von der Betriebsleitung ausgesprochenen Kündigungen und Entlassungen aufhebt. Diejenigen, welche die Anschläge der Direktion abgelehnt haben, sollen jedoch erst nach völliger Wiederaufnahme des Betriebes wieder eingestellt werden. Der Schlichtungsausschuß hat hier für eine Frist von 3 Tagen vorgehoben.

Der Schiedspruch hat folgenden Wortlaut:

Der Schlichtungsausschuß ist der Auffassung, daß der Betriebsleitung das Recht gewährt werden muß, Bekanntmachungen, die sie im Interesse des Betriebes zu machen hat, am schwarzen Brett anzuschlagen, und daß kein Arbeiter oder Angestellter berechtigt ist, solche Anschläge eigenmächtig zu entfernen. Die Bekanntmachungen sind jedoch, soweit sie Arbeiterfragen betreffen, vorher dem Arbeiterausschuß beziehungsweise dem Betriebsrat vorzulegen. Der Schlichtungsausschuß ist der Ansicht, daß dies im vorliegenden

fallungen hören, woraus doch nur auf absichtliche Fälschung des jungen Studenten geschlossen werden kann — denn Sachkenntnis soll man doch von einem Lehrenden voraussetzen müssen. So muß man die betrübende Erfahrung machen, daß jetzt, wo endlich die Möglichkeit besteht für eine großzügige Finanzaufnahme nicht nur zur Rettung der Tuberkulose, sondern sogar zur allmählichen Ausrüstung der Tuberkulose überhaupt, den werdenden Medizinern weiterhin die Anschauung eingeblasen wird, daß es gegen die Tuberkulose kein eigentliches Heilmittel gebe. Wenn sogar Versuche ihre Pflicht versäumen, so muß das Publikum selbst aufgeklärt werden, damit es sich selbst helfen kann. Denn bis solche Widerstände in der Ärzeteilwelt überwunden sind, dürfte noch etwas Zeit vergehen. Aber Eile tut not. Immer und überall haben neue Erzeugnisse, je größer sie waren, mit um so größeren Gegenwirkungen zu kämpfen gehabt. Ein Semmelweis, der zuerst das Problem des Kindbettfiebers aufdeckte, wurde gar ins Irrenhaus gesperrt.

Es ist eine physische Tatsache, daß die vielfachen Interessenverknüpfungen im Leben und Beruf das Urteil beeinflussen, die Erinnerungsbilder fälschen, die idealen Auffassungen abfälschen; daher darf es berechtigt erscheinen, wenn sich hier jemand äußert, der von solchen Alterserscheinungen noch nicht angegriffen ist, ein alter Medizinliebender, der am eigenen Leibe den Umsturz zur Heilung, den das Friedmannsche Mittel bei einer Tuberkuloseerkrankung an ihm hervorgerufen hat, erfahren hat.

Notizen.

— Theater. Zum Besten der in Deutschböhmern hungernden Kinder inszeniert der frühere Düsseldorf Oberregisseur Direktor Ebers im August im Theater der Friedrichstadt Gerschbergers Hungertragödie „Ugolino“. Dies literaturgeschichtlich namhafte Werk aus der Mitte des 18. Jahrhunderts. Die Einstudierung soll der Aufsicht zu einer Sturm- und Drang-Wädhne sein, die Direktor Ebers Mitte September an Hochfesttagen im Theater des Westens eröffnen wird. Mit der Uraufführung des Trauerspiels „Der Republikaner“ von dem bisher noch nicht aufgeführten schlesischen Dichter Gerhard Renzel soll die Arbeit beginnen. Gewerkschaftshauptmann wird zu der „Ugolino“-Aufführung einen Prolog stiften. — Auf dem Brandhausberge bei Potsdam wird am Mittwoch erstmals Schönherz „Glaube und Heimat“ in den Waldspielen geboten. Beginn 5 Uhr, bei schlechtem Wetter 7 1/2 Uhr im Schauspielhaus.

— Kultur. Oscar Fried wurde von der Konzertsellschaft Hans Adler für eine Reihe Berliner Orchesterkonzerte gewonnen; der erste Abend, am 20. Oktober in der Philharmonie, bringt die neunte Symphonie von Gustav Mahler.

— Emil Verbarrens Grab wird bald in belgischer Erde sein. Einst hat dieser große Dichter, der vor zwei Jahren in Nordfrankreich von einem Eisenbahnzuge gerammt wurde, in einem Gedichte den Wunsch ausgesprochen, an den Ufern der Schelde begraben zu werden. Dieser Wunsch wird nun erfüllt.

Wolle ordnungsmäßig geschoben ist und daß daher die Betriebsleitung berechtigt war, diejenigen, welche widerrechtlich die Anschläge entfernen, zu entlassen.

Unberechtigt muß als festgestellt gelten, daß die von den Vertretern der Arbeiterschaft mit der Betriebsleitung geführten Verhandlungen über die Handhabung des Anschlagwesens zu keiner abschließenden Vereinbarung geführt hatten und mindestens ein Teil der Arbeiter des guten Glaubens sein konnte, daß die Betriebsleitung nicht berechtigt war, Anschläge ohne Gegenzeichnung des Betriebsrats bzw. des Arbeiterausschusses am schwarzen Brett anzuschlagen.

Unter Berücksichtigung dieser Verhältnisse und des weiteren Umstandes, daß zwischen der Betriebsleitung und den Vertretern der Arbeiterschaft nunmehr völlige Übereinstimmung darüber besteht, wie in Zukunft die Bekanntmachungen der Betriebsleitung zu behandeln sind, beschließt der Schlichtungsausschuß:

1. Die wegen passiver Resistenz entlassenen Arbeiter werden wiedereingestellt.
2. Die wegen dieser Entlassung Streikenden nehmen die Arbeit wieder auf.
3. Die wegen Abtreibens der Anschläge Entlassenen werden nach Verlauf von drei Arbeitstagen nach Wiederaufnahme der Arbeit durch die Streikenden wiedereingestellt.

Den Parteien wird aufgegeben, sich über die Annahme des Schiedspruches bis Mittwoch, den 30. Juli 1919, vormittags 10 Uhr, im Schlichtungsausschuß, Berlin N. 4, Schlegelstr. 2, zu erklären.

Hierzu erhalten wir noch folgende Zuschrift:

Die gestrigen Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß Groß-Berlin haben gezeigt, daß die Meinungsverschiedenheiten von Arbeitgebern und Arbeitnehmern gar nicht so groß waren, wie es nach der langen Dauer und nach der Jähigkeit, mit der beide Parteien bisher ihren Standpunkt in der Öffentlichkeit vertreten haben, den Anschein haben mußte. Beide Teile stimmten darin überein, daß im Interesse einer geordneten Betriebsführung der Betriebsleitung die Berechtigung zuerkannt werden muß, Bekanntmachungen an die Arbeiterschaft zu erlassen und diese auch dann durch Anschlag bekannt zu machen, wenn der Betriebsrat mit ihrem Inhalt nicht in allen Punkten einverstanden ist. Im Interesse der Arbeiterschaft muß jedoch verlangt werden, daß solche Bekanntmachungen nicht mehr in der früheren Weise ohne Vorwissen des Arbeiterausschusses ausgehängt werden. Sie sind vielmehr zunächst der beruflichen Vertretung der Arbeiter und Angestellten vorzulegen. Diese kann dann entweder sich den Inhalt zu eigen machen und die Bekanntmachung mit unterzeichnen oder, wenn sie dies aus irgendeinem Grunde nicht will, kann sie sich darauf beschränken, lediglich die Kenntnisnahme zu vermerken. Anfügungen der Betriebsleitung, die in dieser Weise behandelt worden sind, b. h. vor ihrem Aushängen am schwarzen Brett dem Betriebsrat vorgelegt haben, werden künftig als ordnungsgemäß anzusehen sein. In keinem Falle steht den einzelnen Arbeitern das Recht zu, eigenmächtig Anschläge vom schwarzen Brett zu entfernen, sondern, wer mit einem Anschlag nicht einverstanden ist, hat sich an den Betriebsrat zu wenden, und dieser kann seinem etwaigen Einspruch durch Verhandlungen mit der Leitung und nötigenfalls durch Aufhebung des Schlichtungsausschusses Geltung verschaffen.

Der Direktion konnte gestern nicht nachgewiesen werden, daß sie beim Anheften ihrer Bekanntmachung am 19. 7. 1919 den Arbeiterausschuß übergegangen hätte. Diesem ist vielmehr in allen Betrieben der Anschlag vorher vorgelegt worden, und erst nachdem — man darf heute wohl sagen, in irrthümlicher Auffassung der Sachlage — die Gegenzeichnung abgeholt worden war, ist der Anschlag am schwarzen Brett erfolgt. Die Direktion war deshalb objektiv im Recht, wenn sie für die rechtswidrigen Übergriffe einzelner Arbeiter eine Sühne verlangte, und da die Arbeitsordnung bezügliche Fälle nicht vorliegt, mangels einer anderen Strafmöglichkeit die Entlassung der betreffenden aussprach. Auf der anderen Seite mußte jedoch zugunsten der Arbeiterschaft festgestellt werden, daß die wiederholten Verhandlungen, die ihre Vertreter mit der Direktion geführt hatten, zu keiner eindeutigen Vereinbarung über die Behandlung der Anschläge am schwarzen Brett geführt hatten und daß daher diejenigen der guten Glaubens nicht abgeprochen werden konnte, die der Auffassung waren, die Betriebsleitung sei nicht mehr berechtigt, am schwarzen Brett Anfügungen zu erlassen, die nicht die Gegenzeichnung der beruflichen Arbeitsvertretung trugen. Die Direktion der Siemenswerke hatte zwar in einem Schreiben vom 21. 2. 1919 ihren Standpunkt dahin präzisiert, daß sie bereit sei, alle Bestimmungen und Verfügungen, das Arbeitsverhältnis betreffend, mit den Vertretern der Arbeiterschaft zu beraten und gegebenenfalls gemeinsam zu veröffentlichen, daß sie sich aber das Recht vorbehalte, erforderlichenfalls auch selbständig Bekanntmachungen zu veröffentlichen. In einer vier oder fünf Tage später abgehaltenen Versammlung sämtlicher 500 bis 600 Vertrauenspersonen der Siemensbetriebe war jedoch dieser Auffassung scharf widersprochen und der Betriebsleitung für den Fall, daß sie dennoch auf eigene Faust Bekanntmachungen anschläge, mit dem Abreißen der Zettel gedroht worden. Dieser Beschluß ist allerdings aus unauferlichem Grunde der Direktion offiziell niemals mitgeteilt worden. Es ist daher zu berthesen, wenn nachher über die Behandlung des Anschlagwesens bei den Teilnehmern der Versammlung andere Auffassungen geherrscht haben als bei der Direktion, und wenn auch das Fehlen der Gegenzeichnung bei den Anschlägen vom 19. Juli 1919 nicht auf eine Unterlassung der Betriebsleitung, sondern auf eine Weigerung der Betriebsräte zurückzuführen war, so muß doch zugegeben werden, daß große Teile der Arbeiterschaft, denen dieser Zusammenhang nicht bekannt war, den Ausschlag am schwarzen Brett für unzulässig hielten und als eine Verletzung ihrer Rechte ansahen.

Aus diesen Gründen war die Entlassung der 41 Arbeiter zweifellos eine unbillige Härte, und da außerdem nun alle Beteiligten über die künftige Behandlung solcher Angelegenheiten einig waren, namentlich auch von Arbeitnehmerseite die Unzulässigkeit des Abtreibens von Bekanntmachungen der Betriebsleitung vorgehofft anerkannt wurde, war es nur natürlich, daß der Schlichtungsausschuß schließlich zu einem Spruch gelangte, der unter Feststellung des grundsätzlichen Rechtsstandpunktes die von der Direktion der Siemensbetriebe verfügten Entlassungen sämtlich aufhob. Die um drei Tage spätere Wiedereinstellung der wegen des Zettelabreißens wird unter vorliegenden Umständen als eine im Interesse der ruhigen Arbeitsaufnahme liegende Anordnung bezeichnet werden können. Es steht deshalb auch zu hoffen, daß die Arbeiterschaft der Siemensbetriebe, die heute nachmittags zu dem Ergebnis der Schlichtungsverhandlungen Stellung nehmen wird, den Schiedsspruch annehmen und morgen geschlossen die Arbeit wieder aufnehmen wird.

Industrie und Handel.

Börse.

Die Tendenz an der Börse gestaltete sich als lustlos und schwächer. Selbst die bis jetzt bevorzugten Auslandspapiere und ausländischen Kupons waren vernachlässigt. Lediglich für S. S. f. fakturaktien bestand verhältnismäßig gute Meinung, namentlich für Hamburg-Südamerikanische Dampfer und Hamburger Kalkfabrik-Aktien. Montanwerte gaben durchschnittlich 1 Proz. nach, Kohle- und Elektrowerte waren vollkommen ungeschlagen. Anleihepapiere wenig einseitig. Kriegsanleihen gingen auf 82 Proz. zurück, die heimischen älteren Anleihen waren verhältnismäßig gut gehalten.

Groß-Berlin

Die „Freiheit“ berichtigt.

Zu den Meldungen aus Nikolaesee, die durch die „Freiheit“ veröffentlicht worden waren, muß jetzt das Blatt folgende Berichtigung bringen:

Von der Reichwehbrigade Nr. 40 (v. Lettow) werden wir unter Bezug auf 11 des Verhaftesetzes um die Ausnahme nachstehender Berichtigung ersucht: Die auf Grund der in der „Freiheit“ vom 28. Juli Nr. 345 und vom 28. Juli Nr. 349 eingetragenen Artikel, betitelt: „Bestialische Regimentsoldaten“ bezug. Die Ordnungsbeslüssen von Nikolaesee“ angestellten Nachforschungen haben ergeben, daß die Darstellungen der „Freiheit“ in keiner Weise zutreffen. Die Ermittlungen haben ergeben, daß in Nikolaesee nur zwei Frauen wohnen, deren Männer in französischer bezw. englischer Gefangenschaft sind. Beide Frauen sind vernommen worden und haben ausgesagt, daß sie mit diesem Ueberfall in keiner Beziehung stehen. Die Polizei und die Gendarmerie haben festgestellt, daß sich in obigen Artikeln genannte Verhältnisse weder in Nikolaesee selbst, noch in großem Umkreise davongetragen haben. Auch die schwer daniederliegende Frau konnte trotz angelegentlicher Ermittlungen nicht auffindig gemacht werden.

Die „Freiheit“ verspricht, auf die Angelegenheit nochmals zurückzukommen.

Vier Streckenarbeiter überfahren!

Heute morgen wurden am Ringbahnhof „Potsdamer Bahnhof“ vier Streckenarbeiter beim Ueberqueren der Gleise von einem Zuge erfasst und überfahren. Drei erlitten schwere Schädelverletzungen, einem wurde ein Fuß zermalmt.

Die deutschen Flüchtlinge aus Russland hatten gestern Abend in den Brachfeldern des Westens eine Versammlung, die außerordentlich stark besucht war. Sie nahmen von ihrem Ausbruch den Bericht über die Verhandlungen entgegen, die mit der Regierung in Weimar über die Frage der Entschädigung der vertriebenen Auslandsdeutschen geführt worden sind. Der Ausschussvorsitzende Lenz berichtete, daß zwar Eraberger keine Zeit für ihre Abordnung gehabt, aber Hermann Müller und David ihnen williges Gehör geschenkt haben. Die Unterredungen mit Abgeordneten der Nationalversammlung hatten das Ergebnis, daß eine 2-gliedrige Kommission aus Abgeordneten aller Parteien die Entschädigungsfrage prüfen und fördern soll. Die vertriebenen Auslandsdeutschen erwarten, daß sie vor den Inlandsdeutschen entschieden werden, weil sie nicht, wie diese, nach dem Kriege ihren Erwerb sofort wieder aufnehmen können. Für die Flüchtlinge-Parlamentarier fordern sie, daß ihr Abbau noch hinausgeschoben wird und für sie von der Regierung weitere Mittel zur Verfügung gestellt werden. An eine Rückkehr nach Rußland sei übrigens so bald nicht zu denken, daher müsse jeder vorläufig auf Erwerbsschaffung im Inland bedacht sein. Geplant ist ein Zusammenfluß aller vertriebenen Auslandsdeutschen in einer großen Gesamtorganisation.

Im Sanatorium Bergkücken in Neubabelsberg wurde zwei Patientinnen Medizin verabsolgt, nach deren Einnahme die beiden Damen schwer erkrankten. Während die eine Kranke sich erholtte, starb die andere, ein 83-jähriges Fräulein Kurt aus Rathenow, unter großen Schmerzen. Die Leiche wurde von der Potsdamer Staatsanwaltschaft beschlagnahmt und vom Kreisarzt obduziert. Das Medikament war aus einer Apotheke fertig bezogen worden. Die Schuldfrage wird von den Potsdamer Gerichten weiter verfolgt.

Friedrichshelde. Verkauf von Kähgarn. Der Gemeinde sind geringe Mengen an Kähgarn, Leinwandgarn und Stopfgarn zugegangen. Jede Haushaltung, die 4 und mehr Personen zählt, nach Wahl je 1 Stück Baumwollkähgarn 40 Pf., Leinwandgarn 20 Pf., Stopfgarn 20 Pf. Die erforderlichen Bezugskarten werden bei der nächsten allgemeinen Kartenausgabe den in Frage kommenden Haushaltungen zugänglich gemacht werden. Die Abgabe erfolgt in Friedrichshelde im Warenhaus Hirsch, Berliner Str. 100 a, in Karlshorst bei dem Händler Hoffmann, Dorotheenstr. 28.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Weinländerdorf. Auf Abchnitt 36 der Lebensmittelkarte für Groß-Berlin 300 Gramm amerikanische Weizenmehl, Abchnitt 47 500 Gramm Runkelrübe (0,50 M.), Abchnitt 54 300 Gramm amerikanische Getreidemittel, Abchnitt 55 200 Gramm und auf Abchnitt 66 250 Gramm ausländische Füllensrübe, zusammen 450 Gramm (1,13 M.). Die betreffenden Abchnitte sind bis Donnerstag Abend abzugeben. Ausgabe der Lebensmittelkarte am 11. August. — Auf Abchnitt 56 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte 500 Gramm Teigwaren (0,70 M.), Abchnitt 57 500 Gramm Suppen (1 M.). Die betreffenden Abchnitte sind bis Sonntag Abend abzugeben, Ausgabe erfolgt am 11. August. — Auf Abchnitt 58 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte 125 Gramm Reis (0,51 M.), Abchnitt 59 200 Gramm Weizenbrot (1,16 M.), Abchnitt 60 250 Gramm Suppen (0,22 M.) und 250 Gramm Suppen (0,50 M.). Diese Abchnitte sind bis Mittwoch Abend abzugeben. — Auf Abchnitt 62 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte 500 Gramm Runkelrübe oder Karmelade, Abchnitt 63 bis Sonntag Abend, den 9. August, abends abzugeben. — Auf Abchnitt 39, 40 und 41 für Augenblicke je 125 Gramm Hefenbrot, zusammen 375 Gramm (0,88 M.), auf Abchnitt 42 250 Gramm Getreie (0,24 M.). Abchnitte sind bis Sonntag Abend abzugeben.

Oranienburg. Am Mittwoch 250 Gramm Runkelrübe auf B (S) 10, auf die noch nicht belichteten Karten B (S) 16 können 500 Gramm Runkelrübe empfangen werden; 500 Gramm Hefenbrot auf A 12; 500 Gramm Runkelrübe auf A 11; eine Dose lindernde Milch auf B (S) 6. Donnerstag 70 Gr. Margarine für Erwachsene und 35 Gr. Margarine für Kinder.

Reptzien. 28. Juli bis 3. August: 2 Pfd. Kartoffeln (31 a, 31 b), für die folgenden 5 Pfd. als „Erlaubt“ 250 Gramm Kartoffelstücken (54); 30 Gramm Butter, 200 Gramm Schmalz (Einheitsmaßkarte einschließlich Sonderzuteilung und Fettkarte), 500 Gramm Hefenbrot (56), 200 Gramm Eigelb (55), 500 Gramm Runkelrübe (47), für Personen über 45 Jahre 250 Gramm Backweizenmehl (Rezeptoren Hausbrotkarte 16), 200 Gramm ausländisches Weizenmehl (Groß-Berliner Hausbrotkarte 64), für jeden Haushalt eine Dose Kondensmilch; frische Hühner- und Kanarienvaren, Backpulver, marktfreie Dörrweizen.

Reichenhagen. Ausgabe von Gemeinderäten 31. Juli bis 2. August: 250 Gr. Weizenmehl (39), 250 Gramm Hefenbrot (40), 125 Gramm Runkelrübe und 50 Gramm Dörrweizen (41), 250 Gramm Runkelrübe (47), 200 Gr. Hefenbrot oder Hefenbrotmehl (55), 500 Gramm Getreide (56); für Jugendliche 125 Gramm Runkelrübe (37), 125 Gramm Reis (38), 125 Gramm Runkelrübe (40); für Kinder (gelbe Karte) 125 Gramm Reis (6), 125 Gramm Runkelrübe (7).

Groß-Berliner Parteinachrichten.

9.—14. Abteilung. Die zu Donnerstag angesetzte Funktionärskonferenz fällt aus. Weitere Mitteilungen erfolgen später.

Friedenau. Heute 7 1/2 Uhr im Gesellschaftssaal des Kaiserhöf Fortsetzung der Generalversammlung.

Wie: erichshelde. Mittwoch, 30. Juli, 8 Uhr im „Schwarzen Adler“, Wollentwiler Str. 4: Allgemeine Mitgliederversammlung sämtlicher Orts- und Ortsgruppen: 1. Die letzten Parteimassive. 2. Stellungnahme dazu. 3. Gesellschaftliches, Anträge, Resolutionsentwürfe.

Jugendveranstaltungen.

Steglitz. Kindertheaterabend Mittwoch, den 30., nach dem Gemeindevorstand 7 1/2 Uhr im Clubhaus Steglitz, Gaststätte der Brunnenbahn, Belpberg mitbringen! Spiele vorhanden. Rückfahrt 7 Uhr. Hefenbrot mitbringen! Spiele vorhanden. Rückfahrt 7 Uhr. Hefenbrot mitbringen nicht.

